

# AMTSBLATT

## DER REGIERUNG VON UNTERFRANKEN

Herausgegeben von der Regierung von Unterfranken in Würzburg

66. Jahrgang

Würzburg, 22. Februar 2021

Nr. 4

### Inhaltsübersicht:

#### Amtlicher Teil

Bek vom 22.02.2021 Az. 11-1362-2-1 über die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag 2021; Änderung der Ernennung der Kreiswahlleiter und deren Stellvertreter im Regierungsbezirk Unterfranken ..... 17

#### Sicherheit, Kommunales und Soziales

Bek vom 20.01.2021 Nr. 12-1444.01-3-12 über Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Zweckverbandes kommunale Verkehrsüberwachung Aschaffenburg und Umgebung für das Haushaltsjahr 2021 ..... 17

Bek vom 02.02.2021 Nr. 12-1444.09-2-11 über Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Zweckverbandes Erholungs- und Wandergebiet Würzburg für das Haushaltsjahr 2021..... 18

Bek vom 08.02.2021 Nr. 12-1462-4-1 über die Änderung der Satzung des Zweckverbandes Sparkasse Bad Neustadt a.d.Saale ..... 19

#### Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr

Bek vom 08.12.2020 Nrn. 22.2-2206.00-1/21 bis 22.2-2206.00-78/21 über die Ausschreibung von 78 Kehrbezirken in Unterfranken zum Bestellungstermin 01.01.2022 ..... 22

#### Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen ..... 23

### Amtlicher Teil

#### Wahl zum 20. Deutschen Bundestag 2021; Änderung der Ernennung der Kreiswahlleiter und deren Stellvertreter im Regierungsbezirk Unterfranken

##### Bekanntmachung der Regierung von Unterfranken vom 22.02.2021 Az. 11-1362-2-1

Die Bekanntmachung der Regierung von Unterfranken vom 6. August 2020, Az. 11-1362-2-1 (veröffentlicht im Amtsblatt der Regierung von Unterfranken Nr. 17/2020) wird wie folgt geändert:

#### Landkreis Bad Kissingen:

Die Ernennung von Frau Regierungsrätin Nina Opfermann zur Kreiswahlleiterin des Wahlkreises 248 Bad Kissingen wird aufgehoben. Zur Kreiswahlleiterin wird hiermit ernannt:

Frau Regierungsrätin  
Sophie **Berthold**  
Landratsamt Bad Kissingen  
Obere Marktstraße 6  
97688 Bad Kissingen  
Tel.: 0971/801- 3060  
Fax: 0971/801- 3333  
E-Mail: [sophie.berthold@kg.de](mailto:sophie.berthold@kg.de)  
oder [wahlen@kg.de](mailto:wahlen@kg.de)

Würzburg, 22.02.2021  
Regierung von Unterfranken

Dr. Eugen Ehmann  
Regierungspräsident

Apl-I 1362

RABI 2021 S. 17

### Sicherheit, Kommunales und Soziales

#### Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Zweckverbandes kommunale Verkehrsüberwachung Aschaffenburg und Umgebung für das Haushaltsjahr 2021

Bekanntmachung vom 20.01.2021 Nr. 12-1444.01-3-12

I.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes kommunale Verkehrsüberwachung Aschaffenburg und Umgebung hat in ihrer Sitzung am 11.12.2020 die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 beschlossen.

Die Regierung von Unterfranken hat mit Schreiben vom 05.01.2021, Az. 12-1444.01-3-12 die Haushaltssatzung rechtsaufsichtlich gewürdigt. Sie enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

Der Haushaltsplan ist, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt der Regierung von Unterfranken an, in den Geschäftsräumen des Zweckverbandes kommunale Verkehrsüberwachung Aschaffenburg und Umgebung, Sachsenhausen 19, 63773 Goldbach, während der allgemeinen Dienstzeiten bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung öffentlich zugänglich.

Nachfolgend wird die Haushaltssatzung öffentlich bekannt gemacht.

Würzburg, 20.01.2021  
Regierung von Unterfranken

Manfred Wetzels  
Abteilungsleiter

II.

Aufgrund der §§ 19 und 20 der Verbandssatzung und der Art. 34 Abs. 2 Nr. 3 und Art. 40 Abs. 1 des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung (GO) erlässt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird  
im **Verwaltungshaushalt**  
in den Einnahmen und Ausgaben auf 1.868.610 €  
und im **Vermögenshaushalt**  
in den Einnahmen und Ausgaben auf 0 €  
festgesetzt.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

**Verpflichtungsermächtigungen** im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Höhe der **Umlage** wird auf **699.610 €** festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 120.000 € festgesetzt.

§ 6

Der **Stellenplan** wird in der Fassung der Anlage festgesetzt.

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2021 in Kraft.

Haibach, 18.01.2021

Zweckverband kommunale Verkehrsüberwachung  
Aschaffenburg und Umgebung

Andreas Zenglein  
Verbandsvorsitzender

Apl-I 1444

RABl 2021 S. 17

**Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Zweckverbandes Erholungs- und Wandergebiet Würzburg für das Haushaltsjahr 2021**

Bekanntmachung vom 02.02.2021 Nr. 12-1444.09-2-11

I.

Die Versammlung des Zweckverbandes Erholungs- und Wandergebiet Würzburg hat in ihrer Sitzung am 18.12.2020 die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 beschlossen.

Die Regierung von Unterfranken hat mit Schreiben vom 15.01.2021 Nr. 12-1444.09-2-11 die Haushaltssatzung rechtsaufsichtlich gewürdigt. Sie enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt der Regierung von Unterfranken bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung in den Geschäftsräumen des Zweckverbandes Erholungs- und Wandergebiet Würzburg, Zepelinstraße 15, 97074 Würzburg während der allgemeinen Dienstzeiten öffentlich zugänglich.

Nachfolgend wird die Haushaltssatzung öffentlich bekannt gemacht.

Würzburg, 02.02.2021

Regierung von Unterfranken

Manfred Wetzel  
Abteilungsleiter

II.

Aufgrund des Art. 40 Abs. 1 KommZG in Verbindung mit Artikel 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt der Zweckverband Erholungs- und Wandergebiet Würzburg folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird hiermit festgesetzt; er schließt

1. im Ergebnishaushalt mit
 

dem Gesamtbetrag der Erträge von	304.900 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von	-304.900 €
und dem Saldo (Jahresergebnis) von	0 €
  2. im Finanzhaushalt
    - a) aus laufender Verwaltungstätigkeit mit
 

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	294.900 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	-294.900 €
und einem Saldo von	0 €
    - b) aus Investitionstätigkeit mit
 

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	0 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	-409.700 €
und einem Saldo von	-409.700 €
    - c) aus Finanzierungstätigkeit mit
 

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	0 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	0 €
und einem Saldo von	0 €
    - d) und dem Saldo des Finanzhaushalts von -409.700 €
- ab.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren werden nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Haushaltsplan wird auf 20.000,00 Euro festgesetzt.

§ 5

Der ungedeckte Finanzbedarf wird über eine Verwaltungskostenumlage (§ 19 Abs. 3) und die Investitions- und Betriebskostenumlage (§ 19 Abs. 4) gedeckt. Die Umlagen werden jeweils zur Hälfte auf die Verbandsmitglieder umgelegt.

Die Verwaltungskostenumlage wird nach § 19 Abs. 2 der Verbandssatzung auf insgesamt

288.000,00 €

festgesetzt.

Die Investitionskostenumlage wird nach § 19 Abs. 2 der Verbandssatzung auf insgesamt

0,00 €

festgesetzt.

## § 6

Die Haushaltssatzung tritt am 01. Januar 2021 in Kraft.

Würzburg, 25.01.2021

Zweckverband Erholungs- und Wandergebiet Würzburg

Thomas Eberth

Verbandsvorsitzender

Apl-I 1444

RABl 2021 S. 18

## Änderung der Satzung des Zweckverbandes Sparkasse Bad Neustadt a.d.Saale

Bekanntmachung vom 08.02.2021 Nr. 12-1462-4-1

### I.

In ihrer Sitzung vom 15.12.2020 hat die Versammlung des Zweckverbandes Sparkasse Bad Neustadt a.d. Saale die Änderung der Verbandssatzung beschlossen.

Nach Art. 48 Abs. 3 KommZG wird nachfolgend die geänderte und neu gefasste Verbandssatzung amtlich bekannt gemacht.

### II.

#### Satzung zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes Sparkasse Bad Neustadt a. d. Saale vom 15.12.2020 unter Einbeziehung der Zweckverbandssatzung vom 12.01.1996 und der Änderungssatzung zur Zweckverbandssatzung vom 16.01.2003

Aufgrund von Art. 44 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (BayRS 2020-6-1-1), wird die Satzung des Zweckverbandes Sparkasse Bad Neustadt a. d. Saale durch Beschluss der Versammlung vom 15.12.2020 Nr. 006 wie folgt geändert und neu gefasst.

### I. Allgemeine Vorschriften

#### § 1

##### Verbandsmitglieder und Aufgaben

- (1) Mitglieder des Zweckverbandes sind  
der Landkreis Rhön-Grabfeld und  
die Stadt Ostheim v. d. Rhön
- (2) Aufgabe des Zweckverbandes ist nach Maßgabe des Sparkassengesetzes die Trägerschaft für die Sparkasse Bad Neustadt a. d. Saale.

#### § 2

##### Name, Sitz, Wirkungsbereich

- (1) Der Zweckverband führt den Namen  
„Zweckverband Sparkasse Bad Neustadt a. d. Saale“.
- (2) Er hat seinen Sitz in Bad Neustadt a. d. Saale.
- (3) Sein räumlicher Wirkungsbereich erstreckt sich auf das Gebiet seiner Verbandsmitglieder.

### II. Verfassung und Verwaltung

#### § 3

##### Verbandsorgane

Organe des Zweckverbandes sind:

- die Versammlung (§§ 4 bis 8)
- der Verbandsvorsitzende (§ 9)

## § 4

### Zusammensetzung der Versammlung, Amtsdauer

- (1) Die Versammlung besteht einschließlich des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters aus insgesamt zwölf Verbandsräten. Es entsenden  
der Landkreis Rhön-Grabfeld zehn Verbandsräte  
die Stadt Ostheim v. d. Rhön zwei Verbandsräte
- (2) Zum Verbandsrat kann nur bestellt werden, wer die sparsachenrechtlichen Voraussetzungen für die Bestellung zum Mitglied des Verwaltungsrats der Sparkasse erfüllt; die Art. 9 und 10 Abs. 1 des Sparkassengesetzes (SpkG) gelten für die bestellten Verbandsräte entsprechend. Das Amt als bestellter Verbandsrat endet, wenn eine dieser Voraussetzungen während der Amtszeit wegfällt.
- (3) Die Amtszeit der bestellten Verbandsräte dauert sechs Jahre. Bei Mitgliedern der Vertretungskörperschaft eines Verbandsmitgliedes endet das Amt als Verbandsrat mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Vertretungskörperschaft, bei berufsmäßigen Gemeinderatsmitgliedern mit der Beendigung des Beamtenverhältnisses. Im Übrigen kann die Bestellung aus wichtigem Grund widerrufen werden. Die Verbandsräte üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Verbandsräte weiter aus.
- (4) Alle Verbandsräte haben über die ihnen amtlich oder aus Anlass ihrer Amtsführung bekannt gewordenen Tatsachen Verschwiegenheit zu bewahren; Art. 10 Abs. 2 Satz 2 SpkG gilt entsprechend.
- (5) Jeder Verbandsrat hat einen Stellvertreter. Verbandsräte können sich nicht untereinander vertreten. Ist ein Verbandsrat endgültig oder vorübergehend verhindert, so vertritt ihn sein Stellvertreter, bis ein neuer Verbandsrat auftreten kann oder der bisherige nicht mehr verhindert ist. Die Bestimmungen der Absätze 2 bis 4 gelten für die stellvertretenden Verbandsräte entsprechend.

## § 5

### Tätigkeit der Verbandsräte, Entschädigung

- (1) Die Verbandsräte sind ehrenamtlich tätig. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf die Mitwirkung bei den Beratungen und Entscheidungen der Versammlung.
- (2) Die Verbandsräte erhalten für ihre Tätigkeit als Entschädigung ein Sitzungsgeld von je Euro 60,00 für die notwendige Teilnahme an Sitzungen der Versammlung. Statt eines Sitzungsgeldes erhalten der Verbandsvorsitzende und der stellvertretende Verbandsvorsitzende eine monatliche Pauschale von Euro 200,00 bzw. von Euro 100,00.
- (3) Verbandsräte, die Arbeitnehmer sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des nachgewiesenen Verdienstausfalls. Selbständig Tätige erhalten eine Pauschalentschädigung von Euro 25,00 je volle Stunde für den Verdienstausfall, der durch Zeitversäumnis in ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist. Sonstige Verbandsräte, denen im beruflichen und häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten eine Pauschalentschädigung von Euro 25,00 je volle Stunde. Die Ersatzleistungen nach diesem Absatz werden nur auf Antrag gewährt.
- (4) Die Verbandsräte erhalten für auswärtige Tätigkeiten Reisekosten und Tagegelder nach dem Bayerischen Reisekostengesetz (BayRS 2032-4-1-F).
- (5) Verbandsräte gemäß Art. 31 Abs. 2 Satz 1 KommZG haben, soweit sie nicht Verbandsvorsitzende, Ausschussvorsitzen-

de oder deren Stellvertreter sind, nur Anspruch auf Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen.

- (6) Die Entschädigungen und Ersatzleistungen nach den Absätzen 2 bis 4 werden jeweils monatlich bzw. nach den Sitzungen ausbezahlt.
- (7) Die Aufwendungen zur Abgeltung der Ansprüche nach den Absätzen zwei bis fünf trägt der Zweckverband.

## § 6

### Einberufung der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung tritt auf schriftliche Ladung des Verbandsvorsitzenden zusammen. Die Ladung muss Tagungszeit und -ort und die Beratungsgegenstände angeben und den Verbandsräten spätestens eine Woche vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann der Verbandsvorsitzende die Frist bis auf 24 Stunden abkürzen.
- (2) Die Verbandsversammlung ist jährlich zur Entgegennahme des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Sparkasse (§ 8 Abs. 2 Buchst. c) zu einer Sitzung einzuberufen. Weitere Sitzungen beruft der Verbandsvorsitzende nach Bedarf ein. Eine Sitzung ist einzuberufen, wenn es ein Drittel der Verbandsräte oder ein Verbandsmitglied beantragt; im Antrag sind die Beratungsgegenstände anzugeben.
- (3) Die Aufsichtsbehörde ist von den Sitzungsterminen rechtzeitig zu verständigen. Ihre Vertreter haben das Recht, an der Verbandsversammlung teilzunehmen. Auf Antrag ist ihnen das Wort zu erteilen.

## § 7

### Leitung der Sitzung, Beschlussfassung und Wahlen der Verbandsversammlung

- (1) Der Verbandsvorsitzende bereitet die Beratungsgegenstände der Verbandsversammlung vor, leitet die Sitzung und handhabt die Ordnung während der Sitzung.
- (2) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Verbandsräte ordnungsgemäß geladen sind und die anwesenden stimmberechtigten Verbandsräte die Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmzahl in der Verbandsversammlung erreichen. Wird die Verbandsversammlung wegen Beschlussunfähigkeit, die nicht auf der persönlichen Beteiligung der Mehrheit der Verbandsräte beruht, innerhalb von vier Wochen zum zweitenmal zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig; auf diese Folge ist in der zweiten Ladung ausdrücklich hinzuweisen.
- (3) Soweit das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit oder diese Verbandssatzung nicht etwas anderes vorschreiben, werden die Beschlüsse der Verbandsversammlung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst; es wird offen abgestimmt. Jeder Verbandsrat hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Kein Verbandsrat darf sich der Stimme enthalten; enthält sich ein Verbandsrat trotzdem der Stimme, so zählt er nicht zu den Abstimmenden.
- (4) Für die Wahl der von der kommunalen Trägerkörperschaft zu berufenden weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats der Sparkasse und ihrer Ersatzleute gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend; es wird geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Wird die Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen statt. Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los. Haben im ersten Wahlgang drei oder mehr Bewerber die gleiche Anzahl von Stim-

men erhalten, so entscheidet das Los, welche Bewerber in die Stichwahl kommen. Haben ein Bewerber die höchste und zwei oder mehr Bewerber die gleiche nächsthöhere Stimmzahl erhalten, so entscheidet das Los, wer von diesen in die Stichwahl mit dem Bewerber mit der höchsten Stimmzahl kommt.

- (5) Die Verbandsräte dürfen an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn der Beschluss ihnen selbst, ihrem Ehegatten, einem Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grad oder einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen, natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen kann. Gleiches gilt, wenn ein Verbandsrat in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat. Die Sätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden für die Teilnahme von Verbandsräten an der Beratung und Abstimmung bei Beschlüssen, die der Sparkasse oder einem Verbandsmitglied einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen können.
- (6) Verbandsräte, die nach Absatz 5 an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen dürfen, haben während der Beratung und Abstimmung über diesen Gegenstand den Sitzungsraum zu verlassen. Ob die Voraussetzungen des Absatzes 5 vorliegen, entscheidet die Verbandsversammlung in Abwesenheit des betroffenen Verbandsrats. Die Stimmabgabe eines nach Absatz 5 ausgeschlossenen Verbandsrats macht den Beschluss nur dann ungültig, wenn sie für das Abstimmungsergebnis entscheidend war.
- (7) Die Beschlüsse und Wahlen der Verbandsversammlung sind unter Angabe von Tag und Ort der Sitzung, der Namen der anwesenden Verbandsräte, des behandelten Gegenstands und der Abstimmungsergebnisse (Stimmenverhältnis) in ein Beschlussbuch einzutragen und von dem Verbandsvorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Als Schriftführer ist ein Mitarbeiter der Sparkasse zuzuziehen. Jeder Verbandsrat kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie er bei Beschlüssen abgestimmt hat.

## § 8

### Zuständigkeit der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung erledigt alle Angelegenheiten des Zweckverbands, insbesondere solche, die nach dem Sparkassengesetz und dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit und den zu ihrem Vollzug erlassenen Vorschriften der kommunalen Trägerkörperschaft vorbehalten sind, soweit nicht der Verbandsvorsitzende zuständig ist.
- (2) Der Verbandsversammlung obliegt insbesondere
  - a) die Zustimmung zu vom Verwaltungsrat der Sparkasse beschlossenen Änderungen der Sparkassensatzung,
  - b) die Wahl der von der kommunalen Trägerkörperschaft zu berufenden weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats der Sparkasse und ihrer Ersatzleute und die Aufstellung der Vorschlagsliste für die von der Aufsichtsbehörde zu berufenden weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats und ihre Ersatzleute; mindestens eines der von der kommunalen Trägerkörperschaft zu berufenden weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats muss aus dem Bereich der Stadt Ostheim v. d. Rhön berufen werden,
  - c) die Entgegennahme des vom Verwaltungsrat der Sparkasse festgestellten Jahresabschlusses und Lageberichts,
  - d) die Beschlussfassung über die Vereinigung der Sparkasse mit einer benachbarten Sparkasse oder die Vereinigung anderer benachbarter Sparkassen mit der Sparkasse,
  - e) die Zustimmung zum Beschluss des Verwaltungsrats der Sparkasse über deren Auflösung.

## § 9

### Verbandsvorsitzender und stellvertretende Verbandsvorsitzende

- (1) **Verbandsvorsitzender** ist der jeweilige Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld.
- (2) **Stellvertretender** **Verbandsvorsitzender** ist der jeweilige stellvertretende Landrat, soweit er gemäß Art. 31 Abs. 2 Satz 2 KommZG zum Verbandsrat bestellt wurde, oder - soweit dies nicht der Fall ist - ein von der **Verbandsversammlung** gewählter **Verbandsrat** aus den vom **Landkreis** entsandten **Verbandsräten**. Ist auch der stellvertretende **Verbandsvorsitzende** verhindert, so ist weiterer **Stellvertreter** der an **Lebensjahren** älteste **Verbandsrat**, der zugleich dem **Verwaltungsrat** der **Sparkasse** angehört. Die **Stellvertreter** des **Verbandsvorsitzenden** sind zugleich **Stellvertreter** des **Vorsitzenden** des **Verwaltungsrats** der **Sparkasse** (Art. 7 Abs. 2 Buchstabe c SpkG).
- (3) Der **Verbandsvorsitzende** vollzieht die **Beschlüsse** der **Verbandsversammlung** und erledigt in eigener **Zuständigkeit** alle **Angelegenheiten**, die nach der **Gemeindeordnung** kraft **Gesetzes** dem ersten **Bürgermeister** zukommen. Er kann einzelne seiner **Befugnisse** seinem **Stellvertreter** und in **Angelegenheiten** der laufenden **Verwaltung** auf die **Dienstkräfte** eines **Verbandsmitglieds** mit dessen **Zustimmung** oder auf den **Vorstand** der **Sparkasse** übertragen.
- (4) Der **Verbandsvorsitzende** vertritt den **Zweckverband** nach außen; die **Verbandsversammlung** kann den **Verbandsvorsitzenden** im Einzelfall von den **Beschränkungen** des § 181 des **Bürgerlichen Gesetzbuchs** befreien. Soweit die **Regelung** der **Dienstverhältnisse** der **Sparkassenangestellten** gemäß § 10 Abs. 3 von **Organen** der **Sparkasse** wahrgenommen wird, wird der **Zweckverband** auch vom **Vorstand** der **Sparkasse** und im Fall der **Übertragung** auf einzelne **Vorstandsmitglieder** oder auf geeignete **Betriebsangehörige** nach § 10 Abs 3 Satz 2 auch von diesen vertreten. Für den **Ausschluss** des **Verbandsvorsitzenden** und seiner **Stellvertreter** von **Amtshandlungen** und den **Abschluss** von **Rechtsgeschäften** für den **Zweckverband** gelten § 7 Absätze 5 und 6 entsprechend.

## § 10

### Beamte und Arbeitnehmer der Sparkasse

- (1) Der **Zweckverband** hat das **Recht**, **Dienstherr** von **Beamten** zu sein (Art. 23 Abs. 1 Satz 1 KommZG).
- (2) Der **Vergütungs-** und **Versorgungsaufwand** für die bei der **Sparkasse** beschäftigten **Beamten** und **Arbeitnehmer** wird nach **Maßgabe** des Art. 12 Abs. 3 SpkG von der **Sparkasse** getragen.
- (3) Die **Regelung** der **Dienstverhältnisse** der bei der **Sparkasse** beschäftigten **Beamten** und **Arbeitnehmer** und der **Erlaß** von **Widerspruchsbescheiden** nach § 54 **Beamtenstatusgesetz** (**BeamtStG**) obliegt dem **Verwaltungsrat** der **Sparkasse**; er kann diese **Befugnisse** auf den **Vorstand** übertragen. Der **Verwaltungsrat** kann den **Vorstand** ermächtigen, die ihm übertragenen **Befugnisse** auf einzelne **Vorstandsmitglieder** oder geeignete **Betriebsangehörige** weiter zu übertragen.

### III. Wirtschafts- und Haushaltsführung

## § 11

### Finanzbedarf, Verteilung des Bilanzgewinns, Haftung

- (1) Den **Finanzbedarf** des **Zweckverbands** trägt die **Sparkasse** unbeschadet des Absatzes 3 Satz 1 zweiter Halbsatz.
- (2) Der **verteilungsfähige Bilanzgewinn** der **Sparkasse** wird, wenn er weder der **Sicherheitsrücklage** noch einer sonstigen

**Rücklage** zugeführt, noch mit **Zustimmung** der **Verbandsmitglieder** von der **Sparkasse** für **gemeinnützige Zwecke** verwendet wird, unter **Beachtung** der **Regelungen** gemäß § 21 Abs. 3 der **Sparkassenordnung** (**SpkO**) unmittelbar an die **Verbandsmitglieder** nach folgendem **Schlüssel** abgeführt:

Landkreis Rhön-Grabfeld  
14/15 (i. W. Vierzehn fünfzehntel)

Stadt Ostheim v. d. Rhön  
1/15 (i. W. Ein fünfzehntel)

Die **Verbandsmitglieder** dürfen den an sie abgeführten **Bilanzgewinn** nur für **öffentliche**, mit dem **gemeinnützigen Charakter** der **Sparkasse** in **Einklang** stehende **Zwecke** verwenden.

- (3) Für die **Verbindlichkeiten** des **Zweckverbands** haftet der **Zweckverband** unbeschränkt, für **Verbindlichkeiten** der **Sparkasse** haftet er nach **Maßgabe** des **Sparkassengesetzes**. Im **Innenverhältnis** werden **Verbindlichkeiten** nach dem für die **Verteilung** des **Bilanzgewinns** in Absatz 2 festgelegten **Schlüssel** auf die **Verbandsmitglieder** umgelegt.

### IV. Statusänderungen

## § 12

### Änderung der Verbandssatzung und der Mitgliedschaft

- (1) Die **Änderung** der **Verbandssatzung** bedarf einer **Mehrheit** von zwei **Dritteln** der **satzungsmäßigen Stimmzahl** in der **Verbandsversammlung**.
- (2) Jedes **Verbandsmitglied** kann seine **Mitgliedschaft** aus wichtigem **Grund** kündigen (**außerordentliche Kündigung**).
- (3) Die **Änderung** der **Verbandsaufgabe**, der **Beitritt** weiterer **Mitglieder**, der **Austritt** in den Fällen der Art. 44 Abs. 1 und 45 Abs. 2 Satz 2 **KommZG**, der **Ausschluss** und die **außerordentliche Kündigung** von **Verbandsmitgliedern** bedürfen der **Genehmigung** der **Aufsichtsbehörde**, sonstige **Änderungen** der **Satzung** sind ihr anzuzeigen.

## § 13

### Auflösung des Zweckverbands

- (1) Die **beschlussmäßige Auflösung** des **Zweckverbands** ist nur unter folgenden **Voraussetzungen** wirksam:
  - a) der **Beschluss** der **Verbandsversammlung** bedarf einer **Mehrheit** von zwei **Dritteln** der **satzungsmäßigen Stimmzahl** in der **Verbandsversammlung**,
  - b) die **Verbandsmitglieder** müssen der **Auflösung** zustimmen,
  - c) die **Übernahme** der **Beamten**, der **unkündbaren Arbeitnehmer** und der **Arbeitnehmer**, die einen **vertraglichen Anspruch** auf **Versorgung** nach **beamtenrechtlichen Grundsätzen** haben, und der **Versorgungslasten** des **Zweckverbands** ist durch die **Verbandsmitglieder** zu regeln; die **bisher erworbenen Rechte** und **Anwartschaften** sind zu gewährleisten,
  - d) die **Auflösung** bedarf der **Genehmigung** der **Aufsichtsbehörde**.
- (2) Wird der **Zweckverband** aufgelöst und geht die **Aufgabe**, eine **Sparkasse** zu betreiben, ganz oder teilweise auf andere **juristische Personen** des **öffentlichen Rechts** mit **Dienstherrnenfähigkeit** über, so gilt für die **Rechtsstellung** und die **Übernahme** der **Sparkassenbeamten** und der **Versorgungsempfänger** des **Zweckverbands** Teil 2 Abschnitt 6 des **Bayerischen Beamtengesetzes**. Wird der **Zweckverband** aufgelöst, ohne dass die **Aufgabe**, eine **Sparkasse** zu betreiben, auf andere **juristische Personen** des **öffentlichen Rechts** mit

Dienstherrenfähigkeit übergeht, so hat das Verbandsmitglied Landkreis Rhön-Grabfeld die Sparkassenbeamten, die Angestellten mit Versorgungsrecht und die Versorgungsempfänger zu übernehmen.

- (3) Die rechtswirksam beschlossene und aufsichtlich genehmigte Auflösung des Zweckverbands wird erst wirksam mit dem Schluss des Kalenderjahrs, das auf das Jahr folgt, in dem die Voraussetzungen für die Rechtswirksamkeit der Auflösung (Absatz 1) erfüllt worden sind. Dies gilt nicht, wenn die Auflösung des Zweckverbandes mit der Beschlussfassung über die Vereinigung der Sparkasse (§ 8 Abs. 2 Buchst. d) verbunden ist.

#### § 14

##### Abwicklung, Auseinandersetzung

- (1) Soweit bei Auflösung des Zweckverbands die Aufgabe, eine Sparkasse zu betreiben, nicht ganz oder teilweise von einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts übernommen wird, geht das Vermögen der gleichzeitig aufgelösten Sparkasse gemäß Art. 18 Abs. 2 SpkG nach dem in § 11 Abs. 2 festgelegten Schlüssel auf die Verbandsmitglieder über. Das übergegangene Vermögen ist zu Erfüllung der Verbindlichkeiten der aufgelösten Sparkasse zu verwenden.
- (2) Mit aus dem Zweckverband ausscheidenden oder einem Nachfolgezweckverband nicht angehörenden Verbandsmitgliedern finden Auseinandersetzungen statt.

#### V. Schlussvorschriften

#### § 15

##### Schlichtung von Streitigkeiten

Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und den Verbandsmitgliedern oder den Verbandsmitgliedern untereinander

aus dem Verbandsverhältnis (Mitgliedschaftsstreitigkeiten) ist die Aufsichtsbehörde zu Schlichtung anzurufen.

#### § 16

##### Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbands werden in dem in der Satzung der Sparkasse bestimmten Veröffentlichungsblatt veröffentlicht, soweit nicht die Aufsichtsbehörde zur Veröffentlichung zuständig ist.
- (2) Soweit die Bekanntmachungen nicht von der Aufsichtsbehörde verfügt sind, sind sie vom Verbandsvorsitzenden zu unterzeichnen.

#### § 17

##### Inkrafttreten

Diese Verbandssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung vom 12.01.1996 (veröffentlicht 29.01.1996), zuletzt geändert durch Satzung vom 16.01.2003 (veröffentlicht 17.02.2003), außer Kraft.

Würzburg, 08.02.2021  
Regierung von Unterfranken

Manfred Wetzel  
Abteilungsleiter

Apl-I 1462

RABl 2021 S. 19

## Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr

### Ausschreibung von 78 Kehrbezirken in Unterfranken zum Bestimmungstermin 01.01.2022

Bekanntmachung vom 08.12.2020 Nrn. 22.2 – 2206.00 – 1/21 bis 22.2 – 2206.00 – 78/21

#### Kehrbezirkusausschreibungen für Unterfranken zum 01.01.2022

Die Regierung von Unterfranken schreibt zum 01.01.2022 (Bestimmungstermin) gemäß Schornsteinfeger-Handwerksgesetz (SchfHWG) die Tätigkeit als bevollmächtigte Bezirksschornsteinfegerin / bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger für folgende Bezirke aus:

Aschaffenburg-Stadt 3	Az. 22.2-2206.00-1/21
Aschaffenburg-Stadt 4	Az. 22.2-2206.00-2/21
Aschaffenburg-Stadt 5	Az. 22.2-2206.00-3/21
Aschaffenburg-Stadt 8	Az. 22.2-2206.00-4/21
Schweinfurt-Stadt 2	Az. 22.2-2206.00-5/21
Schweinfurt-Stadt 3	Az. 22.2-2206.00-6/21
Schweinfurt-Stadt 5	Az. 22.2-2206.00-7/21
Schweinfurt-Stadt 6	Az. 22.2-2206.00-8/21
Würzburg-Stadt 1	Az. 22.2-2206.00-9/21
Würzburg-Stadt 3	Az. 22.2-2206.00-10/21
Würzburg-Stadt 8	Az. 22.2-2206.00-11/21
Aschaffenburg-Land 1 (Glattbach)	Az. 22.2-2206.00-12/21
Aschaffenburg-Land 5 (Karlstein)	Az. 22.2-2206.00-13/21
Aschaffenburg-Land 7 (Kleinstostheim)	Az. 22.2-2206.00-14/21
Aschaffenburg-Land 8 (Alzenau)	Az. 22.2-2206.00-15/21

Aschaffenburg-Land 14 (Alzenau-Hörstein)	Az. 22.2-2206.00-16/21
Aschaffenburg-Land 15 (Weibersbrunn)	Az. 22.2-2206.00-17/21
Aschaffenburg-Land 17 (Hösbach)	Az. 22.2-2206.00-18/21
Aschaffenburg-Land 20 (Großostheim-Ringheim)	Az. 22.2-2206.00-19/21
Bad Kissingen 4 (Münnerstadt)	Az. 22.2-2206.00-20/21
Bad Kissingen 6 (Reiterswiesen)	Az. 22.2-2206.00-21/21
Bad Kissingen 7 (Bad Brückenau 1)	Az. 22.2-2206.00-22/21
Bad Kissingen 10 (Hammelburg 1)	Az. 22.2-2206.00-23/21
Bad Kissingen 12 (Hammelburg 2)	Az. 22.2-2206.00-24/21
Bad Kissingen 13 (Nüdlingen)	Az. 22.2-2206.00-25/21
Bad Kissingen 15 (Wartmannsroth)	Az. 22.2-2206.00-26/21
Haßberge 2 (Theres)	Az. 22.2-2206.00-27/21
Haßberge 7 (Ebelsbach)	Az. 22.2-2206.00-28/21
Haßberge 9 (Königsberg)	Az. 22.2-2206.00-29/21
Haßberge 11 (Sand am Main)	Az. 22.2-2206.00-30/21
Kitzingen 3 (Mainbernheim)	Az. 22.2-2206.00-31/21
Kitzingen 6 (Kleinlangheim)	Az. 22.2-2206.00-32/21
Kitzingen 10 (Kitzingen-Stadt 3)	Az. 22.2-2206.00-33/21
Main-Spessart 1 (Lohr 1)	Az. 22.2-2206.00-34/21
Main-Spessart 3 (Gemünden)	Az. 22.2-2206.00-35/21
Main-Spessart 4 (Hafenlohr)	Az. 22.2-2206.00-36/21
Main-Spessart 5 (Neustadt am Main)	Az. 22.2-2206.00-37/21
Main-Spessart 6 (Burgsinn)	Az. 22.2-2206.00-38/21

Main-Spessart 9 (Arnstein)	Az. 22.2-2206.00-39/21
Main-Spessart 11 (Marktheidenfeld)	Az. 22.2-2206.00-40/21
Main-Spessart 12 (Triefenstein)	Az. 22.2-2206.00-41/21
Main-Spessart 13 (Birkenfeld)	Az. 22.2-2206.00-42/21
Main-Spessart 14 (Eußenheim)	Az. 22.2-2206.00-43/21
Main-Spessart 18 (Thüngen)	Az. 22.2-2206.00-44/21
Miltenberg 3 (Amorbach)	Az. 22.2-2206.00-45/21
Miltenberg 4 (Bürgstadt)	Az. 22.2-2206.00-46/21
Miltenberg 5 (Altenbuch)	Az. 22.2-2206.00-47/21
Miltenberg 6 (Obernburg)	Az. 22.2-2206.00-48/21
Miltenberg 7 (Erlenbach am Main)	Az. 22.2-2206.00-49/21
Miltenberg 9 (Eschau)	Az. 22.2-2206.00-50/21
Miltenberg 10 (Niedernberg)	Az. 22.2-2206.00-51/21
Miltenberg 12 (Großwallstadt)	Az. 22.2-2206.00-52/21
Miltenberg 13 (Mömlingen)	Az. 22.2-2206.00-53/21
Miltenberg 15 (Weilbach)	Az. 22.2-2206.00-54/21
Rhön-Grabfeld 3 (Brendlorenzen)	Az. 22.2-2206.00-55/21
Rhön-Grabfeld 4 (Bad Königshofen 1)	Az. 22.2-2206.00-56/21
Rhön-Grabfeld 5 (Aubstadt)	Az. 22.2-2206.00-57/21
Rhön-Grabfeld 8 (Fladungen)	Az. 22.2-2206.00-58/21
Schweinfurt-Land 1 (Bergtheim)	Az. 22.2-2206.00-59/21
Schweinfurt-Land 2 (Gochsheim)	Az. 22.2-2206.00-60/21
Schweinfurt-Land 3 (Werneck)	Az. 22.2-2206.00-61/21
Schweinfurt-Land 5 (Schonungen)	Az. 22.2-2206.00-62/21
Schweinfurt-Land 9 (Frankenwinheim)	Az. 22.2-2206.00-63/21
Schweinfurt-Land 12 (Schwebheim)	Az. 22.2-2206.00-64/21
Schweinfurt-Land 13 (Geldersheim)	Az. 22.2-2206.00-65/21
Schweinfurt-Land 14 (Dittelbrunn)	Az. 22.2-2206.00-66/21
Würzburg-Land 1 (Theilheim)	Az. 22.2-2206.00-67/21
Würzburg-Land 2 (Höchberg)	Az. 22.2-2206.00-68/21
Würzburg-Land 5 (Kürnach)	Az. 22.2-2206.00-69/21
Würzburg-Land 8 (Zell am Main)	Az. 22.2-2206.00-70/21
Würzburg-Land 9 (Kist)	Az. 22.2-2206.00-71/21
Würzburg-Land 11 (Ochsenfurt 2)	Az. 22.2-2206.00-72/21
Würzburg-Land 12 (Röttingen)	Az. 22.2-2206.00-73/21
Würzburg-Land 14 (Estenfeld)	Az. 22.2-2206.00-75/21
Würzburg-Land 15 (Neubrunn)	Az. 22.2-2206.00-76/21
Würzburg-Land 16 (Kirchheim)	Az. 22.2-2206.00-77/21
Würzburg-Land 17 (Güntersleben)	Az. 22.2-2206.00-78/21

Die Bestellung zur/zum bevollmächtigten Bezirks-schornsteinfeger/-in für den ausgeschriebenen Bezirk ist längstens auf sieben Jahre befristet, endet jedoch spätestens mit Ablauf des Monats, in dem das 67. Lebensjahr vollendet wird (§ 10 Abs. 1 SchfHwG).

Bewerbungen, die nach Ablauf der Bewerbungsfrist eingehen oder unvollständig eingegangen sind, werden nicht in die Be-

wertung mit einbezogen. Dies gilt auch für Nachweise, die nach Ablauf der Bewerbungsfrist eingehen.

Anforderungsprofil:

Die besonderen Anforderungen, die mit der Bewerbung vorzulegenden Unterlagen, das Bewertungsformular sowie weitere Hinweise sind den beigegeführten Dokumenten zu entnehmen.

Der Bewerbungsstichtag ist der 01.02.2021. Folgende Fristen sind zu beachten:

1. Nachweise über berufsbezogene Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen werden für Maßnahmen vom 01.01.2014 bis 31.01.2021 in die Bewertung einbezogen. Für berufsbezogene Zusatzqualifikationen mit Abschluss nach Nr. 2.4 des Bewertungsförmulars gilt grundsätzlich keine Befristung, sofern sie nicht selbst einer Befristung unterliegen.
2. Die Berufserfahrung nach Nrn. 3.1 und 3.2 des Bewertungsförmulars ist für die Zeit vom 01.02.2007 bis 31.01.2021 nachzuweisen.
3. Das Führungszeugnis und der Auszug aus dem Gewerbezentralregister dürfen nicht vor dem 01.11.2020 ausgestellt sein.

Bei Interesse richten Sie Ihre Bewerbung schriftlich bis spätestens zum 03.03.2021 (Bewerbungsschluss, Eingang bei der Behörde) unter Angabe des entsprechenden, jeweils o.g. Aktenzeichens an die Bestellungsbehörde:

**Regierung von Unterfranken  
- Arbeitsbereich 22.2 -  
Peterplatz 9  
97070 Würzburg**

Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten und zu Ihren diesbezüglichen Rechten finden Sie in unserer Datenschutzerklärung auf unserer Internetseite (<https://www.regierung.unterfranken.bayern.de/meta/datenschutz/index.html>).

Für Rückfragen zur Bewerbung, zum Auswahlverfahren, zum Umgriff der einzelnen Kehrbezirke und zum Datenschutz stehen Ihnen unter der Tel. 0931/380-1093 oder unter Tel. 0931/380-1076 Ansprechpartner zur Verfügung.

Würzburg, 01.02.2021  
Regierung von Unterfranken

Brückner  
Leiter des Bereiches  
Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr

ApI-1 2206

RABI 2021 S. 22

---

## Nichtamtlicher Teil

### BUCHBESPRECHUNGEN

„Mehrtens/Brandenburg“

**Die Berufskrankheitenverordnung (BKV)**

Ergänzende Sammlung – Lieferung 2/20

Stand: Dezember 2020

ISBN 978-3-503-01497-2

Preis: 88,00 €

Erich Schmidt Verlag

Die Lieferung 2/20 integriert zum Teil das Siebte Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 12.6.2020. Die Integration wird mit der Lieferung 1/21 abgeschlossen. Berücksichtigt wurde die „Empfehlung für die Begutachtung der Lärmschwerhörigkeit“ (BK-Nr. 2301) – Königssteiner Empfehlung – 6. Auflage, Update 2020. Das Stichwortverzeichnis entspricht dem Stand dieser Lieferung.

„Harrer/Kugele“

**Verwaltungsrecht in Bayern**

129. Aktualisierungslieferung

Stand: Dezember 2020

Artikelnummer: 66211129

Preis: 181,17 €

Carl Link Kommunalverlag

Mit der 129. Aktualisierungslieferung erhalten Sie einen aktualisierten Gesetzestext zu BayVwVfG unter Kz. 10.00 sowie eine Aktualisierung der Kommentierung zu Art. 41 und Art. 85 BayVwVfG. Zudem wurde die Kommentierung zu §§ 54, 58, 60, 63, 82, 88, 91, 96, 101 und 152a VwGO erneuert.

„Büchner“

**Kommunalrecht in Bayern**

143. Aktualisierungslieferung

Stand: November 2020

Artikelnummer: 66136143

Preis: 175,23 €

Carl Link Kommunalverlag

Die 143. Lieferung bringt die Änderung der Kommunalgesetze durch das Gesetz vom 24. Juli 2020 (GVBl S. 350) und einer Überarbeitung der Erläuterungen zu Art. 26 und 52 GO.

„Busse/Bienek“

**Baugesetzbuch**

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO)

30. Nachlieferung

Stand: Dezember 2020

Artikelnummer: 00048030

Preis: 55,90 €

Kommunal- und Schul-Verlag

Mit dieser Lieferung wurden die Kommentierungen zu den §§ 26 (Ausschluss des Vorkaufsrechts), 27 (Abwendung des Vorkaufsrechts), 27a (Ausübung des Vorkaufsrechts zugunsten Dritter), 28 (Verfahren und Entschädigung), 29 (Begriff des Vorhabens; Geltung von Rechtsvorschriften), 30 (Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans), 31 (Ausnahmen und Befreiungen), 34 (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile), 35 (Bauen im Außenbereich), 53 (Bestandskarte und Bestandsverzeichnis), 54 (Benachrichtigungen und Umlegungsvermerk) und 125 (Bindung an den Bebauungsplan) BauGB überarbeitet. Die Texte der im Anhang unter 1, 5, 7, 8, 13 und 14 abgedruckten Vorschriften wurden auf den aktuellen Stand gebracht.

„Wilde/Ehmann/Niese/Knoblauch“

**Datenschutz in Bayern**

33. Aktualisierung

Stand: Oktober 2020

Preis: 135,99 €

Artikelnummer: 78250353033

Hüthig Jehle Rehm Verlag GmbH

Die Aktualisierung bieten Ihnen u.a.:

**Ergänzung des Handbuches für Datenschutzverantwortliche**

In das Handbuch wurde das Thema „Schutz von Sozialdaten“ neu aufgenommen und das Kapitel „Datenschutz im Dienst- und Arbeitsverhältnis bei bayerischen öffentlichen Stellen“ aktualisiert.

**Aktualisierung der Kommentierungen der DSGVO und des BayDSG**

Die Kommentierungen von Art. 6, 12, 33, 34, 78, 79 und 88 DSGVO, Art. 10 und 24 BayDSG wurden in Hinblick auf Gesetzgebung, Rechtsprechung und Äußerungen von Datenschutzaufsichtsbehörden ergänzt.

„Barth“

**Erschließungsbeitragsrecht**

79. Aktualisierungslieferung

Stand: August 2020

Artikelnummer: 66347079

Preis: 165,00 €

Carl Link Kommunalverlag

Mit der 79. Ergänzungslieferung werden u. a. die Kommentierungen zu § 127 Abs. 2, §§ 128, 129, 130, 131, 133 BauGB an die aktuelle Rechtslage angepasst sowie die Erläuterungen zur „Bildung von Erschließungseinheiten (-zonen)“ und zum „Ablösungsvertrag (§ 133 Abs. 3 Satz 5 BauGB)“ überarbeitet. Eine Aktualisierung erfahren auch die „Gesetzlichen Grundlagen für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Bayern“, die Ausführungen zur „Eigenbeteiligung der Gemeinde am beitragsfähigen Ausbaaufwand“ und zur „Kostenspaltung“. Ferner wird mit dieser Lieferung das Stichwortverzeichnis komplett neu gefasst.